



Kantonsrat

Postulat Sager Urban und Mit. über einen besseren Schutz vor Diskriminierung an Luzerner Schulen

Eröffnet am

Die Regierung wird gebeten, den Diskriminierungsschutz an Luzerner Volksschulen mit konkreten Massnahmen sicherzustellen.

Begründung:

Im Rahmen der kantonalen Jugendsession 2022 hat sich eine Gruppe Jugendlicher mit der Problematik von Diskriminierungen an Luzerner Schulen auseinandergesetzt. Sie sind dabei zum Schluss gekommen, dass der Diskriminierungsschutz ausgebaut werden soll.

Gemäss einer Befragung des Bundesamts für Statistik im Jahr 2020 gaben 28 Prozent aller Befragten an, in den letzten fünf Jahren in einer Form diskriminiert worden zu sein. Die Häufigkeit von Diskriminierung hat zudem in den letzten Jahren zugenommen und tritt heute häufiger auf als beispielsweise psychische oder physische Gewalt.¹ Dabein werden Menschen aufgrund ihrer Nationalität, Sprache oder dem Geschlecht diskriminiert. Die Häufigkeit von Diskriminierung und die vielfältigen Gründe und Orte für Diskriminierung sind eine grosse gesellschaftliche Herausforderung. Daher ist es eine zentrale Aufgabe für staatliche Institutionen, Diskriminierung zu bekämpfen, über Diskriminierung und deren Gründe aufzuklären und den Betroffenen Anlaufstellen und Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Diskriminierung im Bildungsbereich hat besonders schwerwiegende Folgen. Häufig herrscht ein Machtgefälle zwischen Diskriminierten und Diskriminierenden. Da Bildung ein gewichtiger Faktor für beruflichen Erfolg darstellt, kann eine Diskriminierung zudem zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Betroffenen führen.

In den letzten Jahren zeigte sich an Schweizer Schulen, dass besonders Schwarze Schülerinnen und Schüler immer mehr Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen machen müssen. So war Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe an Schulen/in Kitas oder ganz allgemein im Bildungsbereich der zeithäufigste Grund für die Suche nach Hilfe bei einer Beratungsstelle. Gleichzeitig berichten Opfer und ihre Familien immer wieder, dass von Seiten der Behörden und der Schule keine oder nur ungenügende Hilfe geleistet werde.² Diese ungenügende Reaktion auf Diskriminierung und Rassismus ist für die Opfer besonders belastend, da sie zu einer grossen Verunsicherung führen kann. Dabei beruht die fehlende Reaktion häufig nicht auf Gleichgültigkeit, sondern auf einer Überforderung mit der jeweiligen Situation.³

Im Rahmen der Erarbeitung des wissenschaftlichen Grundlagenberichts über die Gleichstellung im Kanton Luzern hat sich gezeigt, dass in vielen Luzerner Institutionen keine Konzepte zum Umgang mit Rassismus existieren und sich gängige, rassistische Stereotypen in Organisationen eingelagert haben, die sich zum Beispiel mit Armutsbekämpfung, Arbeitsvermittlung oder mit Bildung auseinandersetzen. Die Studie kam zudem zum Schluss, dass für staatliche Stellen ein umfassender Auftrag zur Gleichstellung der Geschlechter bestehe, dieser jedoch im Kanton Luzern aufgrund mangelnder Ressourcen nicht zu erfüllen sei. So fehle es an einer Vernetzung der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure und es bestehe im

¹ Bundesamt für Statistik (2020): <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/zusammenleben-schweiz/diskriminierung.html> (20.11.22)

² Beratungsnetz für Rassismuseder: Rassismusederfälle aus der Beratungsarbeit 2021. Bericht zu rassistischer Diskriminierung in der Schweiz auf der Grundlage des Dokumentations-Systems Rassismus DoSyRa. Bern 2022.

³ Humanrights.ch (2022): <https://www.humanrights.ch/de/fachstellen/fachstelle-diskriminierung-rassis-mus/rassismusederbericht-2021> (20.11.22).

Kanton Luzern eine ungenügende Verankerung, im Bildungsbereich an einer Sensibilisierung für die Problematik. Dies führe u.a. dazu, dass die Ausbildungs- und Berufsverläufe noch sehr stark in geschlechtstypischen Bahnen verlaufen. Mädchen und Frauen lernen also typische „Frauenberufe“ und Knaben und Männer lernen typische „Männerberufe“.⁴ Vor diesem Hintergrund kamen die Jugendlichen im Rahmen der Jugendsession 2022 zum Schluss, dass die Bekämpfung von Diskriminierung an Luzerner Schulen verbessert werden kann. Dabei geht es namentlich um die Schaffung einer kantonalen Anlaufstelle für betroffene Schülerinnen und Schüler, Programme zur Information und Sensibilisierung von Eltern, Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schülern an allen Luzerner Schulen (z.B. im Rahmen eines thematischen Blocktages) und Schulungen für Lehrpersonen und Schulleitung im Umgang mit Diskriminierungen im Bildungsbereich. Wir teilen diese Schlussfolgerungen der Jugendlichen und bitten die Regierung, die vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen.

Urban Sager
Rosy Schmid-Ambauen

⁴ https://disg.lu.ch/-/media/DISG/Dokumente/Themen/Gleichstellung/Gleichstellungsbericht/Forschungsbericht_Gleichstellung_HSLU.pdf (20.11.2022)